

Haushaltsrede 2024/2025, Ratssitzung am 12.11.2024

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Stadtverordnete,
liebe Mitarbeitenden der Stadtverwaltung,
meine Damen und Herren,**

wir sind in der vergangenen Woche Zeitzeugen historischer Ereignisse geworden:

In den USA ist ein strafrechtlich verurteilter Kandidat, der zudem durch rassistische, diskriminierende und populistische Äußerungen auffällt, zum neuen Präsidenten der USA gewählt worden und in Deutschland ist Olaf Scholz jetzt Teil seiner eigenen Zeitenwende geworden und wird, wie heute Nachmittag gemeldet, am 16. Dezember 2024 die Vertrauensfrage im Bundestag stellen. Beides sicher nicht unbedingt vertrauensbildend für die Politik insgesamt.

Die Ereignisse in den USA zeigen, wie weit die Menschen gehen, um zu Veränderungen zu kommen. Die Ereignisse in Deutschland zeigen, wie tief die Spaltung offenbar auch bei uns schon fortgeschritten ist.

Eins ist sichtbar: Es braucht Veränderung und es braucht Vertrauen in die Politik und Perspektive in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Dabei steht Politik auch immer vor der Herausforderung, die Menschen bei den eigenen Entscheidungen mitzunehmen. Denn es geht nicht um den einzelnen Entscheidungsträger, die einzelne Fraktion oder die Partei. Es geht darum handlungsfähig zu sein, Verlässlichkeit zu garantieren und Perspektiven für den bevorstehenden Weg und die anliegenden Probleme aufzuzeigen. Dies gilt international genauso wie national oder wie bei den heutigen Beschlüssen kommunal.

Wir waren durch die Entscheidung der Kommunalaufsicht aufgefordert, den Haushalt mit einem zusätzlichen Haushaltssicherungskonzept erneut zu diskutieren und vor allem in der mittelfristigen Finanzplanung Perspektiven aufzuzeigen, wie der starke Eigenkapitalverzehr unserer Stadt eingedämmt werden kann.

Die Handlungsspielräume des hiesigen Rates sind dabei relativ beschränkt. Das meiste sind Aufgaben, übertragen durch Bund und Land, zu deren Umsetzung wir als Kommune in Art und Höhe gesetzlich verpflichtet sind. Finanzielle Konsolidierungen sind hier nicht möglich. Was zur Justierung bleibt, sind Einsparung bei den freiwilligen Leistungen oder Einnahmeerhöhungen.

Mich persönlich stört daran, dass das Augenmerk ausschließlich auf die Kommunalpolitik gerichtet wird. Ursächlich sind jedoch die unzureichenden Mittelzuweisungen durch Bund und Land, gepaart mit neuen Aufgabenzuweisungen ohne ausreichende Personal- oder Sachkostenausstattung, hier nenne ich beispielsweise zwei Projekte: Den Ausbau der Offenen Ganztagschule (OGS) oder aber die Verpflichtung zur kommunalen Wärmeplanung.

In einer Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes vom 07. Februar 2024 hieß es, ich zitiere: „Der stetige Substanzverlust bei Straßen, Schulen, Sportstätten und öffentlichen Gebäuden beläuft sich derzeit auf täglich rund 13 Millionen Euro. Ein „Weiter-so“ darf es nicht geben. Und weiter heißt es dort: „Die Kommunen brauchen Planungssicherheit und eine langfristige, belastbare Perspektive zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen.“

Haushaltsrede 2024/2025, Ratssitzung am 12.11.2024

Daran hat sich seither nichts geändert. Der kommunale Investitionsstau beträgt schon heute bundesweit 166 Milliarden Euro und dies ohne die Kosten für die Energie- und Mobilitätswende, Klimawandel, Digitalisierung und Gesundheit.

So konnten 2023 nur noch 73 von 427 Kommunen in NRW ihren Haushalt ausgleichen.

Auch wir in Erftstadt haben Investitionsbedarf in den OGS-Ausbau, die Ertüchtigung unserer Feuerwehrgerätehäuser, der Kitasanierung und vieles mehr.

Ich möchte mich bei unserer Bürgermeisterin Carolin Weitzel, dem Kämmerer Dirk Knips und allen Mitarbeitenden der Verwaltung bedanken, die uns, in der gegebenen Kürze der Zeit, eine Einsparungsliste der Verwaltung präsentiert haben, die wir als Politik bereits in den Vorberatungen weitestgehend mitgehen konnten und heute voraussichtlich mehrheitlich mitgehen werden.

Darüber hinaus ist es uns als CDU gelungen, trotz in Sicht befindlicher Kommunalwahlen und ohne festen Koalitionspartner, in einer zugegeben schwierigen Haushaltslage unserer Stadt, zu einem gemeinsamen Haushaltsantrag mit den Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und FDP gekommen zu sein.

**Denn die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass Politik zu Lösungen kommt:
Wir in Erftstadt tun das – überparteilich.**

Und ich behaupte, alle Antragspartner haben an der ein oder anderen Stelle sicher einen Punkt, den sie für sich und ihre Partei grenzwertig finden. Aber wenn man zu Einsparungen kommen will, muss man zu Kompromissen bereit sein.

Dabei bleibt festzuhalten, dass es im Jahr 2025 zu keinen Steuererhöhungen kommen wird und alle Maßnahmen dem Zweck dienen, diese möglichst auch in Zukunft zu vermeiden.

Perspektivisch für die neue Ratsperiode wird man sicher auch über Einsparpotentiale seitens der Politik sprechen müssen, sei es die Zusammenlegungen von Ausschüssen, die Anzahl der sachkundigen Bürger oder die Anzahl der Beiräte. Außerdem soll eine Einführung der Grundsteuer C für unbebaute, aber erschlossene Grundstücke sowie die Ausweitung des Anwohnerparkens und der Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet geprüft werden.

Zu den konkreten Einsparungen dieses Haushaltes zählen derzeit die Streichung des Masterplans Lechenich, die Streichung der Ausweitung des Mobies und der zukünftige Wegfall von drei Vollzeitäquivalenten im Bereich der Musikschule. Hinzu kommt eine Einnahmensteigerung bei den Schlüsselzuweisungen des Landes NRW - auch die Mehreinnahmen von rund zwei Millionen Euro durch Landeszuweisungen für den Kindertagesstättenbetrieb werden in 2024 und 2025 haushaltsrelevant. Gestärkt werden soll die städt. Jugendarbeit, so bleibt Mobile (Stadthaus Lechenich) erhalten und zusätzlich wird eine Stelle für die aufsuchende Jugendarbeit eingerichtet.

An dieser Stelle möchte ich nochmal betonen, dass es legitim ist, alle Einsparungsvorschläge durch die Verwaltung auf den Tisch zu bringen. Ziel dabei war es im Bereich der Jugendarbeit, Mietkosten und Kosten für Aushilfen (notwendig für das vorgeschriebene 4 Augen Prinzip) in Lechenich einzusparen, gleichzeitig aber zu einer Ausweitung der Öffnungszeiten im Liblarer SIJU zu kommen.

Haushaltsrede 2024/2025, Ratssitzung am 12.11.2024

Das Ziel: Effizienterer Mitteleinsatz, bei Ausweitung der Öffnungszeiten für unsere Jugendlichen. Die Intention dieses Ansinnens wurde in der öffentlichen Diskussion und in der Presse leider so nicht dargestellt.

Insbesondere die aufsuchende Jugendarbeit war unseren Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeistern wichtig, um ein niederschwelliges Angebot jenseits der Zentren Lechenich und Liblar zu schaffen, dies beinhaltet der nun verhandelte Kompromiss mit dem Erhalt des Jugendcafés im Stadthaus Lechenich.

Zur Entlastung der Vereine und des Ehrenamtes wird auf die Erhöhung von Gebühren für Festumzüge und Straßenabsperrungen verzichtet.

Perspektivisch soll mehr in erneuerbare Energien investiert werden. Die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen dient neben der Schaffung von ortsnahen Arbeits- und Ausbildungsplätzen auch der Einnahmensteigerung durch Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens.

Ich glaube, wir sind uns in diesem Rat vermutlich in einem alle einig: Auch zukünftig soll die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich ausfallen.

Heute aber gilt es ganz konkret, diese Stadt mit diesem Haushalt handlungsfähig zu machen, notwendige Investitionen in die Infrastruktur nicht zu verzögern und etwaige Förderprogramme des Landes und Bundes auch im Jahr 2025 nutzen zu können.

Wir möchten daher gemeinsam Vertrauen in politisches Handeln geben und belastbare Zukunftsperspektiven für unsere Stadt aufzeigen.

Die CDU-Fraktion stimmt daher heute dem Haushaltsentwurf 2024/2025 zu.